

Kreisordnungs- und Straßenverkehrsamt

A14-03111-34f-SSchn

Eingang: _____

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO)

Antragsteller: Juristische Person (z.B.: GmbH, AG)

1. Antragsteller

IHK Ident-Nr. (falls vorhanden)	
Im Handels- Genossenschafts- oder Vereinsregister eingetragener Name mit Rechtsform	
Registergericht und -nummer	
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung	
PLZ	Ort
Telefon/Handy	E-Mail

Gewerbliche Niederlassungen in den letzten fünf Jahren (von – bis: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2. Angaben zur Person der/des gesetzlichen Vertreter/s

(bei mehreren gesetzlichen Vertretern bitte Beiblatt verwenden)

Familienname	Vorname
Geburtsname (nur bei Abweichung)	Geburtsdatum
Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)	
PLZ	Ort
Telefon/Handy	E-Mail

Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

Familienname	Vorname
Geburtsname (nur bei Abweichung)	Geburtsdatum
Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)	
PLZ	Ort

Telefon/Handy	E-Mail
---------------	--------

Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2.1. Stellen Sie eine/n Betriebsleiter/in ein oder wird eine Zweigniederlassung Ihres Betriebes von einem/einer Beauftragten geleitet?

Nein

Ja Falls ja, bitte Name, Vorname und Wohnanschrift angeben:

3. Angaben zum Umfang der Tätigkeit

Beantragt wird die Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34 f Abs. 1 S.1 GewO für die Beratung und Vermittlung von

<input type="checkbox"/>	Nr. 1	Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen
<input type="checkbox"/>	Nr. 2	Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen
<input type="checkbox"/>	Nr. 3	Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Vermögensanlagengesetzes

4. Angaben zu Zuverlässigkeit und Vermögensverhältnissen

4.1. Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungs-verfahren in den letzten fünf Jahren

Ist oder war gegen einen gesetzlichen Vertreter oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten des/der Antragstellers/in ein Strafverfahren anhängig?

Ja Nein

Wird oder wurde gegen den/die Antragsteller/in oder einen gesetzlichen Vertreter oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten des/der Antragstellers/in ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

Ja Nein

Ist oder war gegen den/die Antragsteller/in oder einen gesetzlichen Vertreter oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten des/der Antragstellers/in ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

Ja Nein

Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

4.2. Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über das Vermögen des/der Antragstellers/in ein Insolvenzverfahren eröffnet

Ja Nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

Ja Nein

Hat der/die Antragsteller/in eine eidesstattliche Versicherung abgegeben

Ja Nein

oder liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

Ja Nein

5. Angaben zum gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren

Wurde für den/die Antragsteller/in bereits bei einer anderen Stelle ein Antrag auf Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 Satz 1 GewO gestellt?

Nein

Ja Falls ja, bei welcher Stelle:

Ist der/die Antragsteller/in bereits im Besitz einer weiteren Erlaubnis zur Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit (z.B. nach §§ 34 c, 34 d, 34 i GewO) oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?

Nein

Ja Falls ja, Erlaubnisart, Ausstellungsdatum und zuständige Stelle:

6. Erforderliche Unterlagen

Für die Bearbeitung des Antrages sind folgende Unterlagen erforderlich:

6.1. Auskunft aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart OG)

- für alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beantragt am _____

wird nachgeholt

6.2. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

- für alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

beantragt am _____

wird nachgeholt

Hinweis: Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d.h. sie werden direkt an die Behörde übersandt. Die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für die Juristische Person ist bei der Wohnsitzgemeinde einer gesetzlich vertretungsberechtigten Person ebenfalls zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen. Auf den Firmensitz kommt es hierbei nicht an. Bei der Beantragung ist eine Kopie des Handelsregisterauszuges für die juristische Person vorzulegen. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34 f Abs. 1 S.1 GewO“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.3. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes

- für alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original vorzulegen.

6.4. Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis beim Zentralen Vollstreckungsgericht (§ 882 b Zivilprozessordnung) erhältlich über ein automatisiertes Abrufverfahren unter: www.vollstreckungsportal.de

6.5. Bescheinigung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung (im Original) für die Juristische Person sowie Personenhandelsgesellschaften, in denen diese tätig ist, nach § 34 f Abs. 2 Nr. 3 GewO, §§ 9 ff FinVermV

6.6. Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler durch Nachweis

- der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34 f Abs. 2 Nr. 4 GewO, §§ 1 ff. FinVermV,
- einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 der FinVermV

Hinweis: Der Sachkundenachweis ist grundsätzlich für alle nach dem Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen vorzulegen.
Soweit Berufserfahrung zu belegen ist, reichen Sie die Nachweise bitte im Original oder als beglaubigte Kopie ein.

6.7. Auszug aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister, bzw. falls sich die Gesellschaft in Gründung befindet, der Gesellschaftsvertrag (Original oder beglaubigte Kopie)

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 13 Bundesdatenschutzgesetz, den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und des § 34 f GewO.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum

Unterschrift/en

Datenschutz- und Einwilligungserklärung

Die Datenverarbeitung durch den Landkreis St. Wendel als Verantwortlicher im Sinne der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist für die Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich und erfolgt auf Grundlage von Art 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO. Alle erfassten Daten werden unter Berücksichtigung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen im Einzelfall nur so lange gespeichert, wie dies im jeweiligen Verfahren, für das sie erfasst wurden, notwendig ist. Jede Person kann gemäß Art. 14 Abs. 5 DSGVO Auskunft über ihre beim Landkreis St. Wendel gespeicherten Daten verlangen, ebenso wie deren Berichtigung, Löschung und eingeschränkte Verarbeitung. Sie kann der Datenverarbeitung widersprechen und hat ein Recht auf Datenübertragbarkeit.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Herr Christian Kaster

Mommstr. 21-31

66606 St. Wendel

Tel.: 06851/801-2500

E-Mail: c.kaster@lkwnd.de

Datenschutzaufsichtsbehörde bei Beschwerden wegen vermeintlicher Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften:

Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland

Fritz-Dobisch-Straße 12

66111 Saarbrücken

Telefon: 0681/94781-0

E-Mail: info@datenschutz.saarland.de

Einwilligungserklärung

Ich bestätige die Kenntnisnahme der Datenschutzerklärung und willige in die Verarbeitung meiner im Antrag angegebenen personenbezogenen Daten für die oben genannten Zwecke, durch den Verantwortlichen, ein.

St. Wendel, _____
(Datum)

(Unterschrift)